

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Venloer Wall 9.

Sprechstunde: Amt West 57 262. Postfach-Konto Köln 10917.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Nur eine große, einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes einiges Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicherstellen. E.

Wiederaufbau.

Zwei Dinge stehen bei Behandlung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Vordergrund: der Rückschlag in der deutschen Volkswirtschaft als Kriegsfolge und während Wirtschaftsdpressionen immer wieder auftauchende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Kapitalmangel, Kreditmangel, zwangsweiser Abbau des Produktionsapparates, Absatzrisiken und Arbeitslosigkeit sind die augenfälligen Merkmale gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Ihre Abmilderung ist sowohl eine wirtschaftliche als auch eine finanzpolitische Aufgabe. Die erstere bahnt sich an in den jetzt hervortretenden Konzentrationsbildungen, wodurch auch in etwa die finanzielle Seite angepackt wird, weil das augenblickliche hier eine bestimmende Rolle spielt. Finanzpolitisch liegen die Dinge so, daß das Finanzkapital über das Sachkapital den Sieg davon getragen hat, die Erscheinung, die zwangsläufig ist, aber der Inflation vielerorts übersehen wurde, woraus sich auch die „Flucht in die Sachwerte“ erklärt, ein Beginnen, das uns keine „Folgen“ noch gut in Erinnerung ist. Wir hätten nicht die Erweiterung der Werte betreiben sollen, sondern eine technische Umgestaltung und den wirtschaftlichen Ausbau. Diese Seite der Wirtschaft in die Sachwerte“ ist sehr tiefgründig behandelt worden. Hier sind gute Gelegenheiten verpaßt worden. Sanierungsversuche setzen Kapital voran, an dem es uns, soweit es sich um „billiges“ Kapital handelt, mangelt. Wir haben an mobilem Kapital seit 1914 rund 10 Milliarden Goldmark verloren, d. h. ein Drittel des gesamten deutschen Kriegsvermögens. Doch das ist nicht entscheidend. Die Zerstörung unseres wirtschaftlichen Organismus bedeutet einen größeren Verlust. Man sollte sich aber diesen zu überlassen, weil dem Bestreben nach Lor und Lür gegeben werden. Verloren haben wir für die deutsche Wirtschaft rund 30 Prozent der Eisenproduktion, 75 Prozent der Kohlenproduktion, 90 Prozent der

Handelsflotte und 100 Prozent der Kolonien. Das ist zahlenmäßig ein ganz ungeheurer Verlust. Und trotzdem geht es wieder langsam bergan. Darüber wundern wir uns nicht, trotzdem es zur größten Verwunderung zwingen sollte. Der Grund für diese „ungeahnte“ Entwicklung liegt weniger in unserer Tüchtigkeit, die unangestrichelt da steht, als vielmehr in der zu wenig beachteten Tatsache, daß wir ja gar nicht mehr hauptsächlich nationalwirtschaftlich schaffen können, sondern zwangsläufig weltwirtschaftlich „einrangiert“ sind. Der Weltmarkt „zwingt“ uns, bestimmt unsere

— Es gibt hier Voraussetzungen, die selbstverständlich sind, es gibt auch solche, die Kopfschütteln hervorrufen. Entschieden bleibt die Sicherung der Währung. Diese ist allem Anschein nach gewährleistet. Was das bedeutet, ist vielen in Deutschland heute noch nicht voll zum Bewußtsein gekommen. Das Staatsbudget ist in großen und ganzen ausbalanciert; allerdings nur auf Grund des sehr starken Anziehens der Steuerschraube. Die größte Schwierigkeit liegt in der Stabilisierung der Handelsbilanz. Wir hatten 1925 einen Einfuhrüberschuß von ca. 17 Milliarden Goldmark, d. h. er war 70 Prozent höher als der Durchschnitt der Vorkriegszeit. Diese 70 Prozent müssen abgedämmt werden, wenn unsere Handelsbilanz ins Gleichgewicht kommen soll. Das ist aber leichter gefordert als ausgeführt. Mit Auslandsguthaben und mit ausländischen Krediten versucht man über die Schwierigkeiten hinweg zu kommen. Wir hatten 1925 Guthaben und Kredite des Auslandes im Werte von zwei Milliarden Goldmark. Das ist aber auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Um aus der Hier herauszukommen, muß eine Steigerung der Exportkraft eintreten.

Im Inland fehlt die Kaufkraft. Rüstungsindustrie und chemische Industrie sind gut beschäftigt, den anderen Wirtschaftszweigen geht es nicht gut, wobei es außer Berechnung bleiben kann, daß es einzelnen Branchen, besonders in der Metallindustrie, vorübergehend gut geht. Auf die Frage, warum hapert es in unserer Wirtschaft, gibt es sehr viele, aber auch sehr verschiedene Antworten. Die deutschen Arbeitgeber vertreten die Auffassung, daß infolge der hohen Löhne und Steuern und der ganzen sozialen Belastung die heimische Wirtschaft gegenüber dem Auslande zu teuer arbeitet. Es muß zugegeben werden, daß die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland beispielsweise im Oktober 1925 gegenüber dem Vormonat von 378 000 Tonnen auf 556 000 stieg. Auf Grund der Krise im englischen Bergbau ist hier für Deutschland eine Besserung eingetreten, die sich voraussichtlich halten wird. Der Frankenschwund in Frankreich macht der deutschen Industrie mehr Sorgen als die Allgemeinheit wahr haben will. In der Eisenindustrie macht sich leider eine gewisse Verdrängung Deutschlands auf dem Weltmarkt fühlbar. So erscheint z. B. in letzter Zeit auch indisches Eisen auf dem deutschen Markt. Und dieses soll qualitativ wie auch im Preise sehr günstig sein. Die Zusammenballung in der Metallindustrie, die in jüngster Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, versucht der aus-

Ewiger Kampf.

Immer steigen auf die Dämpfe,
Und es wirbelt aus dem Schlot —
Immer noch die alten Kämpfe
Und dazu die alte Not!

Immer noch die alte Härte
Und das zwingende Geschick;
Was gepert in graue Härte,
Schlummert in der Jungen Blut.

Und es klingt zur alten Plage
Neuen Treibers hartes Wort,
Und die alte Rätselfrage
Lebt noch ungelöst fort.

Darum müssen wir die alten
Zielbewußten Männer sein,
Und das Endziel hochzuhalten,
Stets uns neuen Kämpfen weihn.

E. Kelling

Einstellung, unsere Produktion, unseren Absatz, unsere Kapitalentwicklung. Wir haben ein „weltwirtschaftlich“ und denken noch stark „nationalwirtschaftlich“. Was uns in dieser Beziehung belastet, das sind die Reparationslasten, die sich nach Ablauf der Uebergangsjahre auf jährlich 25 Milliarden Mark belaufen. Weiterhin leiden wir unter einer verkehrten, einseitigen Kreditgewährung durch die Großbanken, die ihnen nahestehende Unternehmungen „stützen“, für die guten alten Firmen aber nur wenig übrig haben.

Der Ruf nach Neubildung von Kapital in Deutschland ist berechtigt; der Weg zur Schöpfung dieses neuen Kapitals sehr unklar, ganz zu schweigen über die Verwendung und Anlage des neuen Kapitals.

Ländischen Konkurrenz energisch entgegenzutreten. Allem Anschein nach wird ihr dies auch gelingen.

Von den angeführten Auffassungen der deutschen Wirtschaftsführer ist die sozialpolitische die, die für die deutschen Arbeitnehmer am meisten Interesse hat. Zunächst einmal das Lohnproblem. Kann dies national oder international geregelt werden? Oder: muß es nicht überhaupt unter weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten und damit international betrachtet werden? Das letztere ist zu bejahen. Auf Grund der weltwirtschaftlichen Bindungen wird es kaum möglich sein, daß ein Land, daß konkurrenzfähig bleiben will, in der Lohnhöhe über der der anderen Länder liegen kann; vorausgesetzt, daß es in technischer Hinsicht mit den anderen Ländern gleiche Höhenlage hat. Die Konkurrenzfähigkeit wird auf absehbare Zeit nicht so sehr von der Lohnhöhe, sondern weit mehr von der Ausnutzung und gründlichen Benützung der Technik abhängen. Diese Erkenntnis ist erst im Entstehen begriffen. Man spricht heute schon sehr viel vom „Weltlohn“ und fordert die Angleichung an diesen, besonders auch für Deutschland. Aber, was ist der Maßstab für diesen „Weltlohn“? Soll man etwa die amerikanischen Löhne für Europa nehmen? Das ist schon aus dem Grunde kaum möglich, weil Standardlohndifferenzen aus Nordamerika zu erhalten ebenso schwer ist wie die Angabe von Durchschnittszahlen über die Lebenshaltung oder die Belastung durch Steuern oder sozialpolitische Abgaben, die zu einem internationalen Vergleich benutzt werden könnten. Vielleicht ist das auch die Veranlassung für das Internationale Arbeitsamt in Genf gewesen, den im Herbst 1925 in Angriff genommenen Versuch einer Definition des Begriffs einer „gleichen Lebenshaltung für die ganze Welt“ wieder aufzugeben. Man hat sich dagegen für die Aufstellung von sechs verschiedenen Ernährungstypen entschieden, nach denen die reale Kaufkraft der Löhne berechnet werden soll (England, Frankreich und Belgien, Mitteleuropa, Südeuropa, nordische Länder, Vereinigte Staaten und Kanada).

Bei jeder Behandlung des Lohnproblems wird man aber auf den „Soziallohn“ stoßen und nur, wenn man diesen nach den verschiedensten Seiten hin betrachtet, zu einer gewissen Lösung des Lohnproblems kommen. Mit der Formulierung „Leistungslohn oder Soziallohn“ kommt man keinen Schritt weiter, auch dann nicht, wenn man für beide Systeme einen log. „Durchschnittslohn“ annehmen will. Die weitestgehende Lösung des Lohnproblems sieht man z. B. in Deutschland im mehr oder weniger abgestuften Mitbesitz der Arbeitnehmer am Produktionsapparat der Volkswirtschaft. Die Wege sind sehr verschieden: Umsatzbeteiligung, Aktienbeteiligung, Gewinnbeteiligung usw. Mit den Sozialisierungsexperimenten ist man fast durchweg gründlich hereingefallen. Die Gemeinwirtschaft sieht etwas voraus, das wir zwar gerne hätten, das aber bei der Unvollkommenheit all dessen, was menschlich ist, bisher nur ein frommer Wunsch geblieben ist. Es scheint der Weg richtig zu sein, der die Freude am Mitbesitz und an der Mitverantwortung im Wirtschaftsleben an erste Stelle setzt; wenn auch hier das „Ideale“ eben fast jeder „Ideal“ bleiben wird. In welcher Weise der Mitbesitz der Arbeitnehmer zu gestalten ist, wird eine der nächsten Aufgaben unseres Wirtschaftsrechts

sein müssen. Zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft wird eine Mittellinie zu ziehen sein, von der aus auch die Form des Mitbesitzes juristisch passend festzulegen ist. Das wird sicher keine leichte Aufgabe sein; sie wird auch nicht restlos gelöst werden können, aber sie kann doch eine gewisse Befriedigung ermöglichen.

Der Weg zu dieser Aufgabenlösung ist vielleicht schon in etwa dadurch beschritten, daß das Gesamtwohl, die Gesamtinteressen, angesichts der wirtschaftlichen Stagnation heute mehr im Vordergrund stehen als früher, wo wir eine aufstrebende Wirtschaft hatten. Das tritt besonders deutlich in Erscheinung beim Kampf um den Wirkungsbereich der Sozialpolitik. Es handelt sich bei der Sozialpolitik nicht mehr um ein soziales Wollen, sondern um ein Wissen. Und von diesem „Wissen“ sind auch die Kreise in etwa überzeugt, die sich heute so oft und so laut vernehmbar gegen die sozialen Lasten wenden. Gewiß, eine stagnierende Wirtschaft wird sich auch in der Sozialpolitik beschränken müssen und — darüber braucht die Arbeitnehmerschaft nicht zu wachen — sie tut es auch deutlich genug. Angesichts der allgemeinen Notlage weiter Schichten unseres Volkes dehnt sich aber doch der Gemeinschaftsgedanke, wenn

Der handelt unhollegial,

der dem Ortsgruppenkassierer zumutet, daß er die Beiträge bei den Mitgliedern aus dem Hause abholt. Die Kassierer erhalten für ihre Arbeiten keine Entschädigung. Der Betrag ist zudem eine Bringeschuld, d. h. jedes Mitglied ist für die pünktliche Entrichtung selbst verantwortlich.

auch mehr zwangsausführig, aus. Ihn in die rechte Bahnen zu leiten sollte Aufgabe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschichten sein, ja des ganzen Volkes

Der Umsturz in Deutschland hat uns mancherlei, nein, sogar sehr viel gebracht: Koalitionsfreiheit, Kollektivvertrag, Achtstundentag, Betriebsrätegesetz, gleiches Wahlrecht etc. Was er uns nicht gebracht hat, vielleicht auch wegen der Inflationsperiode auch nicht hat bringen können, das was die Anpassung der Löhne an den Weltmarktindex. Lassen wir die Inflationszeit außer Betracht, so zeigt der Weltmarktindex 1925-1927 gegen = 100 im Jahre 1914. Unsere Löhne stehen aber durchschnittlich auf 100 und bleiben demzufolge um ca. 50-65 Prozent gegenüber dem Weltmarktindex zurück. Mit Lohnerhöhungen ist heute kaum noch zu rechnen; es kann sich nur um einige wenige Branchen handeln, die zurückgeblieben sind, z. B. Metall- und Textilindustrie. Darum bleibt immer wieder die alte Forderung auf Preislenkung bestehen. Der Weg der Ware vom Erzeuger zum Konsumenten ist noch zu lang und darum der Zwischenhandel auch so verteuerns wirkend. Auch die Konsumenten bringen Preise heraus, die nicht so zu sein brauchen, wie sie sind. Darin liegt ja auch die Gefahrenlinie für unsere Konsumentenvereine. Solange in Deutschland noch die Vorkriegsauffassung geherrscht und gepflegt wird, im Zwischenhandel reichlich Gewinne zu machen, so lange noch Käuferei und Fleißerei — um nur sehr nahe liegende Gebiete zu nennen — bei keinem

Umsatz große Gewinne machen, solange den wir auch in der Lohnfrage zu sein einigermassen befriedigenden Ergebnisse kommen. Die Lohnfrage bleibt nach vor eine Preisfrage; nicht der „hohe“ sondern der „niedrige“ Preis ist entscheidend. Sollen sich die Löhne nach den Wünschen, oder die Preise nach den Löhnen richten? Diese Frage wartet noch immer auf eine weitgehend durchdachte Antwort.

Nun ist ja das „Weltlohnproblem“ nett und schön, wenn man sich ausschließlich die Lichtseiten vor Augen führen läßt. In der Wirklichkeit ist es ja auch noch ein Problem. Aber dennoch, bei einem tiefen Eindringen in dies „Problem“ tun sich ungewohnte Schattenseiten auf und bleiben. Man stellt so oft und gern Amerika in den Vordergrund, sowohl was die Löhne wie auch die dadurch bedingte Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft anlangt. Das ist gut und schön. Schauen wir aber auf die Arbeitsmethoden, z. B. Taylorismus und Fordismus, dann tut uns große Vorsicht auf. Für diese Methoden der deutsche Arbeitnehmer nicht geschuldet, sie entsprechen nicht seinem Wesen, wenn stets nicht dem der gegenwärtigen Generation. Und wenn man auf die heranwachsende Generation schaut, dann zeigt sich ein Kampf gegen die „laufende Rente“ denn ein williges Beugen unter die Rationalisierungssysteme, wie überhaupt gegen die „Mechanisierung“ der menschlichen Arbeitskraft. „Die Rationalisierung des Arbeitsprozesses auf Kosten der Persönlichkeit und des Menschentums ist unbedingt abzulehnen. Wird durch Rationalisierung der Arbeiter „vertiert“ (der Ausdruck ist zu scharf) dann nützt ihm auch der „höhere Lohn nicht, da er ihn nicht zu gebrauchen weiß.“ Man soll ganz gewiß nicht mit dem Wort „Menschenwürde“ bei jeder passenden oder nicht passenden Gelegenheit den Namen schlagen, aber man soll auch nicht der notwendig gewordenen weitergehenden Schematisierung, Typisierung und Spezialisierung unserer Produktion die „Menschenwürde“ des Arbeitnehmers auch des Arbeitgebers nicht übersehen. Als wir die ungeahnte Entwicklung der deutschen Industrie erlebten, da entfiel uns in England, Frankreich, Italien und auch in Amerika. Sucht man nach den ersten Kriegsgründen, dann sollte man diese Tatsache nicht vorübergehen lassen, das kann nie und nimmer bedeuten, wir aus Angst vor diesem Reid, der Ideologie der Weltwirtschaft gehört, auch vor dem Konkurrenzkampf mit anderen Ländern zurückzureden sollten. Mit diesem Argument brauchen wir auf lange hin nicht zu rechnen. Es gehört vorläufig nicht in unser Aufbauprogramm. Das industrielle Wirtschaftsproblem in Deutschland ist kein deutsches Problem, sondern Weltproblem. Das hat sich am deutlichsten gezeigt, als man uns vom Weltmarkt auszuschalten versuchte. So sehr man die internationale Wirtschaft als das Primäre in den Vordergrund stellen muß, so wenig darf man aber auch übersehen, daß die Gesundung der Weltwirtschaft abhängig ist von der Gesundung einzelnen Wirtschaften der Staaten. Wir haben in Deutschland eine ungelungene Wirtschaft, und diese Erkenntnis zwingt uns alles für unsere wirtschaftlichen Gesundungsprognose zu tun. Das wird, und nicht Aufgabe eines einzelnen Standes, sondern des gesamten Volkes. Und da

Die Forderung berechtigt: Das Gesamtinteresse geht vor die vielen Einzelinteressen, so berechtigt diese auch sein mögen. Stärker unsere wirtschaftliche Gesundung, so nachhaltiger kann auch unser Einwirken in die Weltwirtschaft betrieben werden. Qualitätsarbeit ist die eine Forderung; Bekämpfung der planlosen Massenproduktion die andere. Hier zeigt sich in hohen Umrissen unser Weg. Die Lohnfrage wird, wenn wir auf diesem Wege voranschreiten, auch eine gewisse Lösung finden; allerdings nicht ohne starke und verantwortliche Gewerkschaften, denn der Kampf um die steigende Lohnkurve bei steigender Wirtschaftskurve haben noch immer die organisierten Arbeitermassen gewonnen, auch dann, wenn sie den Erfolg den unorganisierten mit überlassen mußten, die oft mehr begehrt als die andern. Massemismus ist für die deutsche Wirtschaft eine starke Behinderung, bei der Arbeitnehmerschaft unter Umständen der Auslösung einer Katastrophe. Der wirtschaftliche Wiederaufbau setzt Optimismus voraus, sowohl bei den leitenden, als auch bei den ausführenden Organen. Wir sollten uns Optimismus trotz aller Jammerlieder und des verschiedensten Lagern nicht nehmen lassen.

Gegner

**der Allgemeinverbindlichkeits-
erklärung des Reichsmanteltarif-
vertrages für Gemeindearbeiter 1926**

Die Vertragsparteien des RM. Gemeindearbeiter 1926 und zwar: Der Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie unser Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, haben am 25. Juni ds. Js. den Antrag bei der Reichsarbeitsverwaltung gestellt, den RM. für Gemeindearbeiter für allgemein verbindlich zu erklären. Der Antrag ist im Reichsarbeitsblatt Nr. 27 vom 16. Juli unter Nr. 3971 veröffentlicht worden.

Gegen diesen Antrag ist von nicht weniger als 14 Parteien Einspruch erhoben worden. Darunter befinden sich 11 Arbeitgeberverbände und 3 Arbeitnehmerverbände. Es wird unsere Mitglieder interessieren, die Namen dieser Verbände kennen zu lernen, weshalb wir sie hier veröffentlichen.

a) Arbeitgeberverbände:

Name	Sitz
1. Elektrowerke A.-G.	Berlin
2. Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau	Halle
3. Arbeitgeberverband von Elektrizitäts-Werken Bayerns	Augsburg
4. A. G. B. der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke Rheinland-Weisens	Essen
5. A. G. B. von Elektrizitäts-Werken Württembergs und Hohenzollern	Stuttgart
6. A. G. B. Niedersächsischer Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke	Hannover
7. Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasser-Werke Deutschlands	Berlin
8. Kraftwerk Rheinau A.-G.	Mannheim
9. „Rheowira“ A. G. B. der Rhein-Westf. Straßenbahnen	Berlin
10. A. G. B. der Elektro-Betriebs- und Installationsfirmen in Baden, der Pfalz und angrenzenden Bezirken. Fachgruppe mittelh. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke	Mannheim
11. Badische Landes-Elektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)	Karlsruhe
b) Gewerkschaften:	
12. Zentralverband d. Maschinisten u. Heizer, Bezirksleit. Dresden	Dresden
13. Zentralverband d. Maschinisten und Heizer, Verbandsvorstand	Berlin
14. Deutscher Metallarbeiterverband, Verbandsvorstand	Stuttgart

Die am RM. Gemeindearbeiter beteiligten Vertragsparteien hatten schon längst die Absicht, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu beantragen. Dabei hatte man wohl damit gerechnet, daß von dieser oder jener Seite Einspruch dagegen erhoben würde. Keiner der Beteiligten hat aber wohl daran gedacht, daß die Zahl der Gegner so groß sei, wie es in den Einsprü-

chen leider zum Ausdruck kommt. Soweit die Arbeitgeberverbände in Frage kommen, glauben wir, daß manche von diesen ihren Einspruch nur in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erhoben haben und daß sie diesen bei entsprechender Klärung der Sachlage auch wieder zurückziehen werden. Was den Einspruch der Gewerkschaften anbelangt, so kommen hier ja nur 2 Verbände in Frage und zwar der Zentralverband der Maschinisten und Heizer und der Deutsche Metallarbeiterverband. In dem dritten Falle handelt es sich um die Bezirksleitung Dresden des Maschinisten und Heizerverbandes. Nachdem der Reichsmanteltarifvertrag für Gemeindearbeiter bereits 6 Jahre besteht, sind wir eigentlich doch erstaunt, daß von freigewerkschaftlicher Seite Einspruch gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit erhoben wird. Wir möchten auch hier der Auffassung Ausdruck geben, daß es dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gelingen wird, die Bedenken der Einspruch erhebenden Verbände zu zerstreuen und daß diese demgemäß ihren Einspruch ebenfalls fallen lassen.

Für heute wollen wir uns auf diese kurzen Mitteilungen beschränken. Es ist anzunehmen, daß darüber später noch mehr zu sagen ist.

**Internationale
Wirtschaftsbestrebungen.**

Der Krieg und seine unmittelbaren Folgen haben die Weltwirtschaft in größte Unordnung gebracht und besonders in Europa eine katastrophale Störung des geregelten Wirtschaftsganges bewirkt. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen wechselseitigen Abhängigkeit und gemeinsamen Not haben zu erneutem internationalen Zusammenschluß gleichartiger oder produktionsverwandter Industriekonzerne geführt; so zum deutsch-französischen Kaliabkommen, zum internationalen Schienenfondat, zum Glühlampen-Trust usw. Hier handelt es sich um private Verständigung der führenden Großindustriellen verschiedener Länder, zunächst besonders Deutschlands und Frankreichs, wobei die staatliche Einflussnahme und Mitwirkung möglichst ausgeschaltet werden soll. Die Notwendigkeit staatlichen Zusammen-

**Neuere Forschungen über die
menschliche Arbeitsleistung.**

Hoch. Ober-Med. Rat Prof. Dr. Kubner. Auf Veranlassung der Volksgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wurden auf der vom 21.-31. Oktober 1925 veranstalteten Essener Medizintage in Wode Vorträge über das Thema „Medizinische Wissenschaft und wirtschaftliches Volk“ gehalten. Den sehr beachtlichen Vortrag von Prof. Kubner in Berlin möchten wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten.

Die Schriftleitung.

Im Laufe der Millionen von Jahren, welche Menschheit durchlebt hat, ist sie immer reichlicher geworden an geistigem Gewinn. Was ihn gab, suchte der Mensch zu erfassen, sein Bestreben war die Urquelle der Erkenntnis Natur, aus ihr floß seine Auffassung vom Kosmos und den Naturkräften überhaupt, sein ökonomisches Denken und die Ideen vom Staat. Der künstlerische Sinn faßte die Erkenntnis in gebundene Sprache, das alltägliche Lebenszeug verbrämte die Kunst, der soziale und staatliche Verständnis erwuchsen dem Zusammenleben mit den übrigen Menschen. Wissen und praktische Erfahrung wuchsen von einer Generation zur andern zusammen: war der Fortschritt im menschlichen auf die Erfahrung begründet. Der Mensch hat seine Lebensbedingungen geändert, jaget zum Landwirt, aus dem Roman zum Städter. Aus dem Ursprung der

gegenseitigen Hilfe entstand die Medizin, aus ihr die Gesundheitslehre.

Aus all dem praktischen Erleben kristallisierte allmählich die Wissenschaft heraus, als Spiegelung der Wahrheit im menschlichen Geist. Wissenschaft und Praxis waren also Dinge, die nicht voneinander sich schieden, die erste hat sich aber der Dinge des praktischen Lebens bemächtigt, sie geordnet, systematisiert, den Weizen von der Spreu gesondert. Die Wissenschaft ist objektiv auf die Erkenntnisse der Wahrheit gerichtet, aber subjektiv, weil die Mittel der Forschung mit den beschränkten Mitteln des menschlichen Geistes allmählich geschaffen und zeitgenössisch ausgebildet werden. Jeder Gelehrte sucht in seiner Entwicklung auf dem Wissen der Zeit, aber was er schafft, soll seiner Zeit vorauszuweisen suchen.

Verkennen wir auch nicht den Nutzen der Empirie, so sind dieser selbst für den eigentlichen Fortschritt der Menschheit ziemlich enge Grenzen gesteckt, und von ihr allein abhängig würde die Menschheit sich nur sehr langsam entwickelt haben, wie uns die Erfahrung lehrt. Erst als die Wissenschaft seit dem 14. Jahrhundert anfang, die Naturerscheinungen experimentell anzugreifen, hat sie sich von der Empirie abgetrennt und ist überraschend schnell ihre eigenen Wege gegangen.

Wenige Beispiele, aus dem vorigen Jahrhundert gegriffen, mögen uns den Umstand klar und zeigen uns den Nutzen der Wissenschaft auch für unser praktisches Leben. Un-

gezählte Jahrtausende war die Landwirtschaft rein als Erfahrung betrieben worden, aber erst mit dem Eingreifen der Chemie als Agrarkulturchemie nahm der Ausbau der Feldfrüchte die richtigen Wege.

Die Ernährungswissenschaft ist zunächst als rein theoretische Wissenschaft entstanden, dann seit 1870 auf die Menschen und bald darauf auf die Viehzucht angewandt worden und heute die Weiterin auch für Fleisch- und Milch-wirtschaft.

Die Studien Mendels über die Vererbung von Eigenschaften bei Pflanzen waren rein theoretischer Natur, die Vererbungslehre steht heute so weit entwickelt da, daß wir ihr, was Sämereien, bessere Milchproduktion und Viehzucht anlangt, die wesentlichsten praktischen Fortschritte verdanken. Der Chemie des vorigen Jahrhunderts verdanken wir die Erfindung der Metallsurgie, die Verarbeitung des Teers unter Bildung von Farben, die uns die Natur an sich nicht liefern kann, die Salpeter- und Harnstoffherstellung zur Düngung. Die Physik hat Kulturänderungen unseres Lebens hervorgerufen, die Telephonie, die Radiographie, die Umstellung in der Motorenindustrie und der Heizung, die Röntgenstrahlenverwendung.

Die große Masse ist oft undankbar gegen die Wissenschaft, sie gebraucht die Erfindungen, ohne ihrer zu gedenken, welche die grundlegenden Entdeckungen geschaffen haben. Man spricht von unruhigen Wissenschaften, dann

Flusses zur Lösung der Wirtschaftskrise wurde von vielen Organisationen privater Art erkannt. Diese wollen durch Beseitigung des Problems und die daraus sich ergebenden Reaktionen den Staaten den nötigen Rückzug für eine wirtschaftsrechtliche Wirtschaftsregelung. Als erste der ersten Organisationen dieser Art ist die Internationale Handelskammer voranzugehen. Sie ist im Jahre 1919 auf amerikanische Anregung in Paris gegründet worden. Die Internationale Handelskammer ist eine Vereinigung der hauptsächlichsten Wirtschaftskreise der beteiligten Länder, die in jedem Lande in einem Landesauschuss zusammengefaßt werden. Dieser Landesauschuss hat sich in den meisten Staaten unter Führung der Zentralorganisationen der Handelskammern gebildet. In Deutschland, das seit dem 26. Juni 1925 Mitglied und am 6. November 1925 zum ersten Male in dieser internationalen Vereinigung vertreten worden ist, gibt es solche einheitliche Zusammenfassung nicht. Deutsche fachvergesellschaftete Mitglieder der Kammer sind: der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels, der Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels, die Hauptgemeinschaft der Deutschen Einzelhändler. Die Internationale Handelskammer ist gegründet, um sämtliche Wirtschaftskrisen der internationalen Geschäftsvorfahrt, einschließlich der Finanz, der Industrie, des Verkehrs und des Handels zu vertreten, um die gemeinsame Ansicht aller am internationalen Geschäftsvorkehr Beteiligten zu ermitteln und auszusprechen; um wirksame und zweckdienliche Maßnahmen zur Besserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern und zur Lösung internationaler Wirtschaftsfragen herbeizuführen; um zur Vertiefung und Zusammenarbeit der Geschäftsleute und der Wirtschaftsorganisationen der verschiedenen Länder beizutragen und damit die Aufrechterhaltung des Friedens und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu fördern. Neben den aus der Struktur des internationalen Handels sich selbstverständlich ergebenden Aufgaben befaßt sich die I.H.K. aber neuerdings mit der Untersuchung der international-ökonomischen Probleme, die sich aus dem Dawes-Plan ergeben. Für ihr Stadium sind drei Ausschüsse eingesetzt, welche die Frage des Transfers, der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu Wiederaufbauwecken und die Bedeutung der Ein- und Ausfuhrhemmnisse für zwischenstaatliche Schuldzahlung zu prüfen haben.

Die Förderung der Zusammenarbeit der Völker durch das gemeinsame Studium internationaler Probleme durch Vertreter aller Nationen hat sich die Interparlamentarische Union zum Ziel gesetzt. Die Union besitzt eine ständige Kommission für Wirtschafts- und Finanzfragen. Die letzte Tagung dieser Kommission fand im Oktober 1925 in Washington und Ottawa (Kanada) statt. Hauptdiskussionsgegenstand war das Problem der europäischen Zollvereinbarung. Die Konferenz beschloß die Einsetzung einer Unterkommission zur Befragung der nationalen Gruppen über die Möglichkeit der Aufhebung der Wirtschaftsschranken Europas.

Dieselbe Aufgabe wie die Interparlamentarische Union, aber mit besonderer Begrenzung auf Handel und Verkehr, hat sich der 1914 mit dem Sitz in Brüssel gegründete Internationale Ausschuss von Parlamentariern für Handelsfragen gestellt. Dieser Ausschuss hält jährlich einen Kongress ab, zu dem jedes Land fünf bis zehn Parlamentarier entsenden kann. Die Gründung des Ausschusses erfolgte 1914 unter deutscher Mitwirkung. In der Nachkriegszeit ist Deutschland zum ersten Male wieder auf dem letzten Kongress des Ausschusses vertreten gewesen, der vom 26. bis 28. Mai dieses Jahres in London stattfand. Verhandelt wurde über die Kohlenfrage, das Ein- und Ausfuhrproblem und die Freiheit der Meere.

Eine begrenzt internationale Wirtschaftsvereinbarung hat sich die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung zum Ziel gesetzt, die am 8. und 9. September 1925 in Wien stattfand. Diese Tagung, an der bedeutende Wirtschaftsführer aus Deutschland, England, Frankreich, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich teilnahmen, diente weniger der Erörterung konkreter Fragen als vielmehr dazu, neben einer antiprotektionistischen Kundgebung einen Ausgangspunkt für eine gleichzeitig einsetzende internationale Organisationsstätigkeit in ganz Mitteleuropa zu finden, die im Sinne der wirtschaftlichen Annäherung der einzelnen Staaten wirken kann. Der Kongress setzte einen ständigen Arbeitsausschuss ein, der das begonnene Werk weiterzuführen soll.

Der Sonderverständigung zwischen Deutschland und Frankreich dient das Deutsch-Französische Komitee für wirtschaftliche Orientierung, das am 30. Mai 1926 in Luxemburg von angesehenen Vertretern des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens beider Länder gegründet wurde. Als Arbeitsziel angegeben ist eine Klärstellung wirtschaftlicher und kultureller

Verhältnisse ohne politische Absicht. Vorgeschrieben wurde die Schaffung von zwei Informationsbüros in Berlin und Paris.

Der durch Organisation wie durch internationale Beteiligung bedeutendste Beitrag einer Lösung der Wirtschaftskrise wird gewärtig vom Völkerbund unternommen. Anregung des französischen Schwerindustriellen und damaligen Regierungsvorstehers Loucheur wurde von der 6. Vollversammlung des Völkerbundes im September 1925 die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz beschlossen. Die Aufgaben wurden ihr gestellt:

1. Weitgehender Abbau der internationalen Zölle, der noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote und sonstiger Verkehrshemmnisse, Paßschwierigkeiten usw.;
2. Stabilisierung der europäischen Währungen;
3. internationale Regelung der Produktion von Rohstoffen, insbesondere von Eisen, Stahl und Kohle, aber auch von Holz, Textilfabrikaten, durch umfassende horizontale Organisationen.

Um diese Weltwirtschaftskonferenz vorzubereiten, setzte der Völkerbundsrat eine Spezialkommission (vorbereitende Kommission) mit 35 Mitgliedern aus 23 Staaten ein. Kommissionsmitglieder sind, abweichend von der Regel, keine Regierungsvertreter, sondern auf Grund ihrer Sachkenntnis gewählte Persönlichkeiten des nationalen Wirtschaftslebens der einzelnen Länder.

Die vorbereitende Kommission trat zum ersten Male am 26. April 1926 in Genf zusammen und begann ihre Tätigkeit mit Festlegung ihrer Arbeitsmethode und der Begrenzung des Diskussionssthemas durch die Aufstellung von drei Kommissionen. Die erste landwirtschaftliche Probleme und die zweite spezieller Natur, wie Budget- und Beschäftigungsfragen, prüfen; die zweite ist beauftragt mit Untersuchungen über die industrielle Produktion und alle damit verbundenen Fragen zu stellen; Aufgabe der dritten Kommission ist die Vorarbeit auf den Gebieten des Handels und Verkehrs.

Der Weltverband der Völkerbundgesellschaften, der es sich neben der Propagierung des Völkerbundgedankens zur Aufgabe gesetzt hat, dem Völkerbund für die ihn unmittelbar schaffenden oder später bedrückenden Probleme Lösungen vorzuschlagen, wie er dies das Problem des Minderheitenschutzes mit entschiedenem Erfolg getan hat, hat ständige Wirtschaftskommissionen eingesetzt, die sich mit dem Problem der Weltwirtschaft

gehören nach der Meinung vieler auch manche Naturwissenschaften. Wer ahnt wohl, welche großen Fortschritte notwendig waren, um unsere heutige Rechnungsweise zu entdecken. Im Altertum kannte man die Zahlenschreibweise überhaupt nicht. Wer die Zahl 999 angeben wollte, brauchte 27 verschiedene Bezeichnungen, die Ziffer haben die Zahl 0 entdeckt und damit die Möglichkeit gegeben, die Positionsbearbeitungen der Zahlen durchzuführen; das Ziffernmalssystem ist eine relativ junge Erfindung; die heutige Physik wäre unmöglich, wenn nicht die höhere Mathematik angebahnt und von Leibniz und Newton im 17. Jahrhundert ausgearbeitet worden wäre. Wichtige Gebiete müssen der wissenschaftlichen Arbeit überlassen werden, der Nutzen wird sich schon mit der Zeit von selbst ergeben, die Praxis muß sich an die Wissenschaft anlehnen. Von den Verehrern der Wissenschaft gilt aber das, was Goethe einst gesagt hat:

Ich hielt mich stets von Meistern entfernt,
Nachtstreifen wäre mir Schmach,
Hab' alles von mir selbst gelernt.
Es ist auch danach.
Die Wissenschaft soll frei in ihrer Arbeit sein und nicht von vorherein mit Zweckaufgaben bestimmter Richtungen befaßt werden. Aus den Ergebnissen werden von selbst sich wieder die Anregung zum praktischen Leben ergeben. Die Wissenschaften entnehmen sehr häufig ihre Motive aus dem Leben als Anregung.
Die Wissenschaft, die sich mit den Vorgängen

des Lebens im allgemeinen beschäftigt, nennt man Biologie, die Wissenschaft, welche sich mit den Vorgängen beim Menschen beschäftigt, heißt Physiologie. Zwei Erscheinungen im Leben sind besonders auffällig: Die geistigen Anforderungen der Persönlichkeit und die motorischen, d. h. körperlichen Leistungen. Da das Studium beider besondere Bedeutung hat, ergab sich das Bestreben, sie einer eigenen wissenschaftlichen Forschung zu unterziehen. Man spricht kurzweg von Arbeitsphysiologie. Erst in allerneuester Zeit hat man diese besondere Bearbeitung unternommen.

Arbeitsphysiologie beschäftigt sich mit der Erklärung des Zustandemomens der geistigen oder nervösen und der körperlichen Funktionen unserer Organismen. Die Kenntnisse des ersten Teils interessieren allgemein, die motorische Arbeitsphysiologie wird aber besonderes Interesse bei allen Handarbeitern beanspruchen können. Dazu gehört jede Art der Beschäftigung, bei der wir unsere Muskeln verwenden, also die vielfältige Art dieser Arbeit, wie sie im Gewerbebetrieb verwendet wird, aber auch die Arbeit, die man bei den Leibesübungen in Spiel und Sport leistet. Ich werde mich heute wesentlich auf die Fragen beschränken, welche für den Gewerbebetrieb Interesse haben könnten.

Wer hat an der Aufklärung von Fragen dieser Art durch die Wissenschaft Interesse?
Zunächst denke ich, daß alle, die mit menschlicher Arbeitskraft zu wirtschaften haben, Wert

auf solche Kenntnisse legen sollten. Von einem Ingenieur verlangt man, daß er selbstverständlich seine Motoren kennt und zu beherrschen versteht. Ich meine, für ihn könnte nichts wichtiger sein, als allgemeine Kenntnisse zu erwerben, darüber nämlich, was dem Menschen vom gesundheitlichen Standpunkt aus gut ist, was er zu leisten vermag und was nicht. Mensch kann seiner Natur nach nicht Arbeit rationell, d. h. zweckmäßig, ausführen, man muß also feststellen, wie er die Arbeit leisten und mit welchen technischen Mitteln sie ausführen kann und soll.

Für den Arbeiter aber selbst sind die Klärungen durch die Arbeitsphysiologie von Wert, weil er über die Dinge, die ihn betreffen, nachzudenken lernt, sich selbst helfen kann, und weil ihm die Arbeitsphysiologie wird sagen können, wie er eine Arbeit der Kräfte ausführen kann. Nicht die Ermüdung seiner Kräfte bis aufs äußerste ist das Ziel, sondern ein hygienisches, ungläubliche Menge menschlicher Arbeit nutzlos vergeudet, weil wir Maschinen Geräte gar nicht vom Standpunkt der Menschheit der menschlichen Arbeit her zu pflegen. Das hat auch insofern gewisses Interesse, weil naturgemäße Unterzersetzung des Körpers am wenigsten schadet, das Leben und die Leistungsfähigkeit verlängert.
Es gibt auf diesem Gebiete viel zu lernen.

konferenz befaßen und dem Völkerverbund geeignete Vorschläge zur Erleichterung seiner Aufgabe machen soll. Die Kommission ist im März dieses Jahres in Genf zusammengetreten und hat entsprechende Themen zur Bearbeitung durch Sachverständige gestellt.

Alle diese internationalen Bestrebungen zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten zur Behebung der gemeinsamen wirtschaftlichen Not tragen, selbst mit Einschluß der Veranlagung des Völkerverbundes, durchaus privaten Charakter. Handelt es sich bei allen diesen Bestrebungen doch nur darum, Wirtschaftsverhältnisse vorzubereiten und festlich zu reorganisieren, die erst durch Annahme von seitens der Staaten bindende Kraft erhalten können.

Dr. G. Ripken.
(Der Heimdienst.)

Die Gegenwartsfragen der Gemeindepolitik.

In der am 5. 7. d. J. in Königsberg i. Pr. stattgefundenen Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes hielt der Geschäftsführer und Syndikus des Bundes, Dr. Haackel-Berlin einen Vortrag über obiges Thema, dem u. a. folgende Leitsätze zugrunde lagen:

I. Die im Reichsstädtebund zusammengeschlossenen 1331 mittleren und kleinen Städte stellen sich seitlos in den Dienst des Wiederaufbaus in Reich, Ländern und Gemeinden in Erkenntnis einer untrennbaren Schicksalsverbundenheit.

II. Der Erfolg der Wiederaufbauarbeit ist abhängig:

a) im allgemeinen von einsichtiger Verständigung und gegenseitigem Vertrauen zwischen der mitberatenden deutschen Wirtschaft und der allein die Verantwortung tragenden öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, wie auch zwischen letzteren untereinander;

b) im einzelnen von dem baldigen Abschluß der Steuerreform und des endgültigen Finanzausgleichs sowie der schleunigen Durchführung einer großen Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden.

III. Von der künftigen Gesetzgebung erwarten die Gemeinden die Aufhebung der zahlreichen Beschränkungen der Selbstverwaltung in der Nachkriegszeit, soweit sie nicht durch Reichs- oder Staatsnotwendigkeit unbedingt geboten sind, und Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts und der Selbstverantwortlichkeit

der Selbstverwaltung. Im besonderen:

1. gerechte Verteilung der Steuern einerseits zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, andererseits zwischen den Gemeinden untereinander unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden zur Erfüllung der ihnen kraft natürlicher Zweckbestimmung oder kraft Gesetzes obliegenden Aufgaben;

2. unbeschränktes Anteilbestimmungsrecht der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer unter eigener Verantwortlichkeit der Selbstverwaltung im Rahmen der gesetzlichen Landesaufsicht;

3. vernünftigen gesetzlichen Lastenausgleich zwecks Erhaltung der Lebensfähigkeit der mit Schulden oder sozialen Zwangslasten überbürdeten Gemeinden.

IV. Von der großen Verwaltungsreform erwarten die Gemeinden Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung der Verwaltung, im besonderen:

1. Verwaltungsabbau durch Beschränkung der Verwaltungsaufgaben und Beseitigung überflüssiger Behörden;

2. Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und Zusammenlegung von Behörden zwecks Vermeidung von Doppelarbeit;

3. Verringerung der Instanzen;

4. Dezentralisation und Dezentralisation der Verwaltung;

5. Vermeidung einer Zentralisation, falls die Dienststelle, in der die Verwaltung zentralisiert werden soll, den Dingen zu fern steht, und die praktische Verwaltungsarbeit doch von den bisherigen Dienststellen mit gleich großem Beamtenapparat geleistet werden muß, so daß Doppelarbeit und Verteuerung entsteht (s. B. in Preußen Unmöglichkeit der Zentralisierung der Staatsverwaltung in der Provinz und der Zentralisierung der Selbstverwaltung in den Kreisen).

Die Versorgung der Großstädte mit elektrischer Energie.

Die Frage, in welcher Weise die Sicherheit in der Versorgung mit elektrischer Energie in Großstädten am besten geregelt wird, ist in letzter Zeit wiederholt erörtert worden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau des Großkraftwerks Rummelsburg seitens der Stadt Berlin. Veranlassung gaben einmal Störungen in der Fernleitung sowie einige an sich höchst bedauerliche Vorkommnisse, welche aber mit der Frage an sich nichts zu tun haben,

und dann scharf pointierte Äußerungen im Geschäftsbericht einer Elektrizitätsversorgungs-gesellschaft.

Die deutschen Stadtgemeinden widmen dieser Frage eine große Aufmerksamkeit, und es ist bezeichnend für das Bestreben, einen möglichst hohen Sicherheitsgrad in dieser Hinsicht zu erreichen, daß deutsche Großstädte wie Berlin, Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart sich zur Anstellung von sehr großen Akkumulatorenbatterien entschlossen haben. Die Einfügung derartiger Reservoire setzt die Verwendung von Gleichstrom voraus und bringt durch die mehrfache Umlegung der Energieform wesentlich erhöhte Anlage- und Betriebskosten mit sich. In den meisten Fällen wird Drehstrom zur Versorgung stehen, der entweder von auswärts bezogen oder zwangsweise Verteilung in größerem Umfange selbst erzeugt wird. Dann erfolgt zunächst die Umwandlung in Gleichstrom zur Akkumulatorenladung, dann in chemische und zurück in elektrische Energie in Form von Gleichstrom, bei dessen Verteilung infolge der niederen Spannung mit relativ großen Kabelquerschnitten gerechnet werden muß. Alle diese erschwerenden und verteuernenden Momente treten aber zurück gegenüber dem Wunsch, ganz besonders an den Stellen dichten Konsums die für heutige Verhältnisse denkbar größte Sicherheit zu schaffen. Aber die benötigten Energiemengen sind zu gewissen Zeiten im Innern der Großstädte so bedeutend, daß auch gewaltige Akkumulatorenbatterien nur relativ kurze Zeit den Bedarf sichern können.

Es muß weitergehend gefordert werden, daß die elektrische Energie in der Form der ersten Hand, nämlich Drehstrom, störungslos vorhanden ist. Diese Erwägung bringt die häufig erörterte Frage, ob unter gewissen Verhältnissen z. B. in Berlin, die Energieversorgung ausschließlich auf den Bezug von Fremdstrom aus geeigneten Quellen aufgebaut oder Eigenversorgung durch selbstbetriebene Werke im oder am Reichsbilde der Stadt erstrebt werden soll. Auch eine Kombination beider Methoden ist möglich. Hierbei spielt nun die Preisfrage eine große Rolle, weil die in Frage kommenden Energiemengen sehr groß sind, viel größer als bei den oben besprochenen Akkumulatorenbatterien und in viel längeren Zeiträumen. Die Preisfrage ist in diesem Falle eine Preisfrage, ob Kohle von der Grube bis zur Verwendungsstelle in der Stadt gefahren oder Elektrizität von einer günstig gelegenen Erzeugungstätte in die Stadt geleitet wird.

Unsere Arbeitsmaschine.

Wenn man in der Industrie die Maschinen betrachtet, die das ganze Getriebe bewegen, so sind das äußerst komplizierte Anlagen und Wunderwerke der Ingenieurkunst. Die Arbeitsmaschine des Menschen und der Tiere ist dagegen anscheinend etwas Einfaches und geradezu Unvergleichliches, das Fleisch, wie es jeder kennt, weich, in jeder Richtung verformbar, von etwas Fett durchwachsen, in bestimmte Gruppen geordnet, die wir Muskeln nennen. Bei starker Vergrößerung sehen wir mit dem Mikroskop, daß der Muskel aus oft sehr langen, aber feinen quergestreiften Fasern besteht, feiner als Kontonjäden. Mit dem Mikroskop sehen wir, daß jede Faser einen feinsten Kern erhält, dieser läuft zum Rückenmark und von da zu bestimmten Stellen des Gehirns. Aus dem Fleisch fließt Blut aus; das stammt aus den Gefäßen, deren mikroskopisch feine Verzweigungen bis an die Muskelfasern gehen.

Wir können den Muskel willkürlich bewegen. Dabei geht vom Gehirn oder Rückenmark aus eine Veränderung im Nerven vor sich, wobei den Muskel in der Sekunde 50 Reize und mehr treffen.

Das wunderbarste ist dabei, daß ein einfacher Wille, gleich eine Masse verschiedener Muskeln in zweckmäßiger Weise in Bewegung versetzt. Und selbstständig schließen sich auch, ohne unseren Willen notwendig zu haben, verschiedene Stellen der Glieder in der Weise

an, daß das Gleichgewicht des Körpers erhalten bleibt. Und nun sieht sich der Muskel zusammen, indem er sich verkürzt und entsprechend verbreitert, ohne die Querstreckung zu verlieren. Diese Formänderung ist so gewaltig, daß der Muskel selbst schwere Gewichte hebt. Bei jeder Bewegung wird der Muskel wärmer. Die Wärme stammt aus der Verbrennung der Nahrung, die dem Muskel das Blut zuführt, hauptsächlich aus Fett. In der und ähnlichem, während er kein Eiweiß dazu braucht. In dem Fett, in dem Zucker steckt Energie, beide können brennen, dann geht die Energie in Wärme über. Die in Fett und Zucker verborgene Energie kann aber im Muskel ohne den Umweg über die Wärme zum Teil direkt in die Muskelzusammenziehung umgeformt werden und so Arbeit leisten.

Die Umwandlung einer Energie in eine andere ist ein im täglichen Leben tausendfältig sich vollziehender Vorgang. Energie ist Wärme oder Elektrizität oder Magnetismus, Schwerkraft, Spannkraft in chemischen Verbindungen. Sie kann frei sein oder gebunden. Gebunden ist sie z. B. in Dingen, die verbranntlich sind, z. B. in der Kohle. Sie hat in Milliarden von Jahren, seitdem sie in dem Boden liegt, nichts verloren von ihrer Energie — die letztere wird frei, wenn wir die Kohle auf die Anzündungstemperatur bringen.

Die gebundene Energie wird hierbei durch einen chemischen Vorgang, d. h. die Aufnahme

Wir brauchen eine genaue Erkenntnis unserer Muskeln, d. h. der Arbeitsmaschine, Aufklärung des Wesens der Zusammenziehung, der Beziehungen zwischen Gehirn, Rückenmark, Muskel, Klärung der chemischen Vorgänge in der Ruhe und bei der Arbeit, Feststellung des Nahrungsverbrauchs nach Qualität und Quantität, Feststellung der Leistungsfähigkeit des Menschen. Wir fragen weiter: Sind alle Muskeln gleich arbeitsfähig, oder bestehen Unterschiede, was geschieht bei der Ermüdung in Muskel und Nerven? Wie stellt sich die Muskelaktivität zur Gesundheit, wann treten Schädigungen ein, und wie verlaufen sie, u. a. m. Erst müssen diese Fragen in logischer Ordnung gelöst sein, ehe man an die rein praktischen Fragen der Gewerbe herantritt und systematisch diese einer besonderen Untersuchung unterzieht. Auch in dieser Hinsicht dringt die Wissenschaft diese Probleme immer unter dem Gesichtspunkt an, durch die praktisch erprobten Varianten der Arbeitsleistung einen Weg zum Fortschritt zu betreten, vom Einfachen zum Kompliziertesten vorwärts schreitend.

Was wir heute wissen, ist die Frucht der Arbeit von mehreren Jahrzehnten. Und erst auf diesem Boden hat sich dann die heutige Arbeitsphysiologie entwickelt, die, wie ich schon zeigen werde, ihrem speziellen Interesse unermesslich immer mehr entgegenkommt.

Das kostet Zeit und viel Mühe und Plage.

Günstig gelegen ist eine Zentrale z. B. auf einer Kohlengrube selbst. Die hier jetzt verwendeten Einrichtungen an Dampfmaschinen, Turbogeneratoren, Schaltanlagen usw. erreichen den heute erreichbaren günstigsten Wirkungsgrad. Dasselbe kann aber auch von den entsprechend großen modernen Anlagen im oder am Weichbilde gesagt werden, werden doch die jetzt entstehenden Anlagen, z. B. in Rummelsburg, wohl das Vollendetste darstellen, was bis jetzt existiert. Bei den größeren Städten wird zumeist das gemischte System verwendet, d. h. ein Teil der elektrischen Energie wird von auswärts bezogen, ein Teil selbst erzeugt. Vollständige Eigenenerzeugung wird unzulässig oder unmöglich, weil die Anlagen im oder am Weichbilde eine zumeist hierfür nicht in Frage kommende Größe annehmen.

Nun zur Frage der Sicherheit der Übertragung. Die Leitung ist bei der notwendigen Höhe der Betriebsspannung oberirdisch verlegt. Zwar ist die Kabeltechnik in letzterer Zeit sehr gut fortgeschritten, Kabel für die in Frage kommenden Spannungen bis etwa 100 000 Volt werden nach neuen Veröffentlichungen betriebsfähig gebaut, und es muß auf das vorliegende Beispiel der Schwachstromleitung hingewiesen werden, deren Entwicklung in letzten Jahrzehnten ganz vorzügliche Übertragungsresultate zeitigte. Während früher die Schwachstromleitungen oberirdisch verlegt waren, wickelt sich der recht empfindliche Fernsprechteil jetzt auch auf große Entfernungen auf Kabeln ab. Dabei mußten manche den Betrieb störende, dem Aufbau von isolierten Kabeln widerstrebende Eigenschaften verbessert werden. Eine solche Entwicklung darf auch bei den Starkstromkabeln für hohe und höchste Spannungen nicht für unmöglich erklärt werden. Aber für jetzt und wohl für absehbare Zeit müssen wir mit der oberirdischen Übertragung rechnen. Die Netze, die immer dichter werden, sind bekannt, sie betreiben einerseits die Verteilung über das Land und sichern dann die hier interessierende Verbindung über weite Strecken. Die bei letzterer Verwendung zu verwendenden Spannungen stellen an die Technik potenziert steigende Anforderungen, die Schwierigkeit der Isolation paart sich mit den bekannten Erscheinungen, wie der Strahlung in der Luft usw. Dazu kamen jene längst in Berlin auftretenden Störungen, welche auf atmosphärische Einflüsse zurückzuführen sind. Es handelt sich dabei nicht nur um direkte Blitzeinschläge in die Leitung, gegen deren alles menschliche Maß übersteigende Kraft überhaupt schwer anzukämpfen ist,

sondern auch um indirekte Einwirkungen auf das Netz. Auch diese Erscheinungen bekämpft die Technik mit Erfolg, aber, wie die Beispiele zeigen, liegt gerade hierin doch ein die Sicherheit der Übertragungen im allgemeinen herabminderndes Moment.

Wenn auch hier neben der Frage der Sicherheit die des Preises gestreift werden soll, so wird unwidersprochen gesagt werden können, daß auch diese Frage zunächst gegen die Kabel entschieden werden dürfte. Auch Störungen, die bei großen, weitverzweigten Versorgungsnetzen durch Beeinflussung eines Versorgungszentrums durch einen anderen, z. B. Berlin durch Leipzig oder Magdeburg, eintreten können, bedürfen der Berücksichtigung. Hier sei bemerkt, daß auch bei dem in England durch gesetzliche Regelung einzuführenden System die obigen Momente beachtet werden müssen.

Zusammenfassend sei gesagt, daß für den heutigen Stand der Technik eine große Stadt sich teilweise auf Fremdbezug, teilweise auf Eigenenerzeugung einstellen sollte, wobei auch die intimere, tiefer greifende Einwirkung auf die Betriebsfaktoren bei einem vor den Toren liegenden Werke nicht vergessen werden darf. Der wesentlichste dieser Faktoren ist der Mensch, der trotz oder besser wegen der ständig fortschreitenden Mechanisierung der Betriebe besondere Berücksichtigung haben muß.

Dr. P. Meyer.

Die Aufwertung bei Wertspartassen und Betriebspensionenkassen.

Die „Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgezet über die Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Wertspartassen sowie der Ansprüche an Betriebspensionenkassen“ ist nunmehr unter dem 8. Juli 1926 im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 159 veröffentlicht. Infolge der außerordentlichen Beschleunigung der von den einzelnen Unternehmern getroffenen Einrichtungen ist die Regelung für alle Fälle durchaus nicht die gleiche. Wenn auch die Lösung im allgemeinen befriedigen dürfte, so sind die getroffenen Bestimmungen doch zunächst nicht leicht verständlich. Es ergibt sich im einzelnen folgendes:

1. Allgemeines.

Nicht geregelt sind zunächst die Ansprüche aus Spareinlagen von Arbeitnehmern in den Fällen, in denen seitens des Unternehmers

eine Fabrik-, Wertspartasse oder Betriebspensionenkasse in besonderer Form geschaffen worden ist, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine G.m.b.H., einen rechtsfähigen Verein oder eine sonstige juristische Person im eigentlichen Sinne oder nur um eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Verein ohne Rechtspersönlichkeit oder dgl. handelt. Hier richtet sich die Aufwertung nach allgemeinen Grundätzen; maßgebend wird insbesondere die Höhe des verbliebenen Vermögens der Kasse sein, deren Ansprüche gegen den Unternehmer selbst gegebenenfalls der Aufwertung unterliegen.

Fabrik und Wertspartassen im Sinne des Aufwertungsgezetes (§§ 63 Abs. 2 Ziff. 6, 64) sind insbesondere, von dem Unternehmer eines wirtschaftlichen Betriebes getroffene Spareinrichtungen, von denen auf Grund einer allgemeinen Regelung (Geschäftsplan) Spareinlagen der Arbeitnehmer des Betriebes aufgenommen werden; außerdem muß der Betriebsunternehmer als solcher verpflichtet sein und nicht wie in den ersterwähnten Fällen eine selbständige Kasse.

Wehentlich sind Betriebspensionenkassen im Sinne des Aufwertungsgezetes (§§ 63 Abs. 2 Ziff. 6, 64) insbesondere von dem Unternehmer eines wirtschaftlichen Betriebes getroffene Einrichtungen, die auf Grund einer allgemeinen Regelung (Geschäftsplan) dem Zweck der Alters-, Invaliditäts-, Hinterbliebenenversorgung oder einer ähnlichen Fürsorge für seine Arbeitnehmer dienen, aus denen ferner der Betriebsunternehmer als solcher — also nicht die Kasse — verpflichtet ist, und sofern es sich schließlich um ein nicht beaufsichtigtes Versicherungsunternehmen im Sinne des Gezetes für die privaten Versicherungsunternehmen handelt.

Besonders darauf hinzuweisen ist, daß in beiden Fällen eine allgemeine Regelung, ein Geschäftsplan, wie die Verordnung sagt, vorliegen muß. Gelegentliche Spareinlagen oder dgl. von Arbeitnehmern bei dem Arbeitgeber scheiden also bei dieser Regelung aus.

Für diese Fabrik- und Wertspartassen sowie Betriebspensionenkassen stellt das Aufwertungsgezet die unwiderlegbare Vermutung auf, daß Ansprüche an diese nicht als Vermögensanlage gelten, also über 25 v. H. ausgewertet werden können.

Die Vermutung gilt nicht, soweit freiwillige Zuwendungen des Arbeitgebers vorliegen, insbesondere Leistungen die der Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer ohne rechtliche Verpflichtung, ohne Gegenleistung und ohne Befürzung der den Arbeitnehmern allgemeinen

von Sauerstoff aus der Luft frei gemacht und geht in Wärme über. So wie man Längen nach Metern und Hohlrauminhalt nach Litern mißt, kann man auch Wärme nach bestimmten Einheiten messen. Wenn eine mit Wärme, d. h. Dampf, betriebene Maschine arbeitet, so verdichtet für die geleistete Arbeit eine zahlenmäßig feststehende Menge von Wärme; man kann auch eine elektrische Maschine treiben, dann geht Wärme in bestimmten Verhältnissen in Elektrizität über. Für unsere Vorstellung ist es schwer, das muß man zugeben, sich ein Bild dieser Wandelbarkeit der Energie zu machen, die ja nichts Greifbares ist, aber ebenso unzerstörbar wie die Materie. In unserem Muskel findet also auch eine Energieumwandlung statt, aber nicht etwa eine Umwandlung von Wärme aus den verbrennenden Nahrungsmitteln wie in einer Dampfmaschine, sondern durch chemischen Umbau der Nahrungsmittel mit nachfolgender völliger Verbrennung.

Noch einen Punkt habe ich hier zu erörtern. Die meisten werden daran Anstoß nehmen, daß ich von Verbrennung in einem Muskel rede, da doch das Fleisch durch Wärme, wie jeder weiß, so ganz verändert wird.

Was ist denn das Wesen einer Verbrennung? Das Wesen der Verbrennung einer Substanz ist die Verbindung derselben mit Sauerstoff (der Luft) unter Entwidlung von Wärme. Als Verbrennung können wir viele Dinge auffassen, die Sie im gewöhnlichen

Leben gar nicht so nennen. Jeder weiß, daß Eisen rostet. Das ist ein Verbrennungsprozeß des Eisens. Eisen nimmt Sauerstoff auf, bildet Rost und entwirft Wärme. Da das aber sehr langsam geschieht, merken wir gewöhnlich von dieser Wärme nichts. Das Eisen kann im Wasser „verbräunen“, d. h. rosten. Jetzt haben wir also schon eine zutreffendere Vorstellung von der Art der Verbrennung der Nahrungsmittel in unseren Organen, die ja der Hauptjache nach aus Wasser bestehen.

Ich gebe noch ein Beispiel über die Form, in welcher die Arbeit unseres Körpers auftritt kann.

Wenn ich mit dem Arm eine Hantel hebe, so wird Energie aus der Nahrung dazu verwendet, den Muskel zu spannen und den Arm und die Hantel zu heben. Ich lasse den Arm und Hantel in die Ausgangsstellung zurückgehen, dann erscheint die gesamte Energie der verbrauchten Nahrung als Wärme.

Wenn nun aber jemand die erhobene Hantel mir aus der Hand nimmt und der Arm wieder zurücksinkt, so fehlt mir etwas Wärme; diese fehlende Energie steckt in der Hantel; denn wenn wir sie herabfallen lassen, so geht beim Aufschlag auf den Boden die Bewegung des Fallens der Hantel in Wärme über, die genau so viel ausmacht, als vorher an Wärme im Körper fehlte.

Den Fall, daß ein Objekt in der Außenwelt von uns gehoben, verschoben wird, nennt man äußere Arbeit; wenn aber eine Arbeits-

bewegung völlig rückgängig gemacht wird, z. B. der Arm gehoben und einfach wieder gesenkt wird, so redet man von innerer Arbeit. Beide Arten kommen im täglichen Leben tausendfältig nebeneinander vor.

Ohne Nahrung ist eine Arbeitsleistung undenkbar, jede Leistung bedarf einer bestimmten Nahrungszufuhr. Freilich kann auch der hungernde Mensch arbeiten. Dann verbraucht er eben seinen eigenen Leib als Nahrung. Die Feststellung dessen, was bei der Arbeit an Nahrung verbraucht wird, kann man zwar durch monatelange Untersuchung der verzehrten Nahrungsmittel unternehmen, wobei das Körpergewicht gleichbleiben muß.

Solche Untersuchungen hat man auch schon in größerem Stil ausgeführt. Einfacher und gewissermaßen für jede Minute brauchbar ist ein anderes Verfahren.

Wir haben schon gesagt, daß die Nahrung verbraucht wird unter Sauerstoffaufnahme aus der Luft. Die Lungen nehmen die Luft in sich auf und bringen sie ganz nahe an die Blutgefäße in der Lunge. Der Sauerstoff löst sich gewissermaßen ins Blut über und wird dann von den roten Blutkörperchen aufgesaugt und bis zu den Muskelfasern gebracht. Da ist ein Bedürfnis an Sauerstoff, denn die Muskeln enthaltenen Nahrungsstoffe wollen „verbräunen“. Die Blutkörperchen lassen sich mehr aus der Luft herübergebrachten Sauerstoff, der sich auf die Nahrung „setzt“ und die Verbrennung vollzieht. Fortf. folgt.

gewährten Leistungen tatsächlich oder buchmäßig der Kasse zugeführt hat." Als freiwillige Zuwendungen sind dabei auch solche Zuwendungen anzusehen, die auf Grund eines Schenkungsverprechens, einer Stiftung oder einer ähnlichen Verpflichtung gemacht worden sind. Bezüglich derartiger Zuwendungen kann also angenommen werden, das eine Vermögensanlage vorliegt, so daß als Höchstgrenze der Aufwertung der Satz von 25 v. H. bestehen würde. Diese Grenze ist nach dem Aufwertungsgeheiß in gleicher Weise einzuhalten, wenn das Vermögen der Kasse gesondert vom Betriebsvermögen des Arbeitgebers zu verwalten und anzulegen war und tatsächlich verwaltet und angelegt worden ist. Das Vorliegen dieser Voraussetzung wird nach der Verordnung nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Mittel der Kasse dem Unternehmen des Arbeitgebers in nicht erheblichem Umfange oder nur auf verhältnismäßig kurze Zeit als Betriebsmittel zugeflossen sind.

Soweit hiernach eine Begrenzung für die Höhe der Aufwertung nicht besteht, richtet sich diese lediglich nach freiem richterlichen Ermessen. Aber auch in den sonstigen Fällen ist dieses maßgebend, wenn auch gebunden an die Höchstgrenze von 25 v. H.

H. Aufwertungsgrundsätze.

1. Umrechnung.

Bei der Berechnung des Guthabens werden zunächst Auszahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 dem Stichtage des Aufwertungsgeheißes geleistet worden sind, zum Kennbetrag auf den Kennbetrag des Guthabens angerechnet, ohne Rücksicht darauf, ob der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistung seine Rechte vorbehalten hat. Die letzte Bestimmung steht mit den sonstigen Grundsätzen des Aufwertungsgeheißes in Widerspruch, bedeutet aber für die Durchführung der Aufwertung in der Praxis eine erhebliche und wohl unumgängliche Erleichterung, da manuels schriftlicher Unterlagen wegen laufende Prozesse unvermeidlich gewesen wären.

Die Auszahlung ist hierbei nach dem sogenannten Wilhelmshavener System auf die letzte vorausgegangen: Guthabens zu verrechnen, was natürlich einen Vorteil für den Spargläubiger bedeutet.

Nach dem 14. Juni 1922 geleistete Auszahlungen werden in Höhe ihres Goldmarkbetrages auf den Aufwertungsbeitrag angerechnet. Insofern ist also Aufwertung „kraft Rückwirkung“ angeordnet.

Die Umrechnung des verbleibenden Guthabens geschieht schließlich nach den Vorschriften des Aufwertungsgeheißes (§§ 2, 3), insbesondere also nach dem Tage des Erwerbs der Spar- oder sonstigen Forderung durch den Gläubiger, wobei jedoch die besonderen Ausnahmen in den Fällen des Erwerbs durch Erbschaft, Schenkung oder dergl. gelten, so daß in diesen Fällen der Tag des Erwerbs durch den Erblasser, Schenker usw. entscheidet.

2. Verzinsung.

Der Aufwertungsbeitrag ist bis zum 1. Jan. 1925 unverzinslich. Rückständige Zinsen gelten, soweit sie nicht den Konten gutgeschrieben worden sind, als entfallen. Der Zinssatz beträgt vom 1. Januar 1925 ab 3 v. H., vom 1. Januar 1928 ab 5 v. H. Die Auszahlung der Zinsen hat am Schluß des Geschäftsjahres für die zurückliegende Zeit am Schlusse des laufenden Geschäftsjahres zu erfolgen.

3. Auszahlung.

Die Auszahlung von Guthaben, deren Aufwertungsbeitrag 50 Goldmark nicht übersteigt, kann bereits drei Monate nach Rechtskraft der Entscheidung der Aufwertungsstelle (vgl. III) verlangt werden, sofern nichts anderes vereinbart ist. Im übrigen gilt als allgemeiner Rückzahlungstermin auch hier der 1. Januar 1932. Unter Berücksichtigung der Lage des schulnerischen Unternehmens kann jedoch die Aufwertungsstelle anordnen, daß die Aufwertungsbeiträge ganz oder zum Teil schon vom 1. Januar 1927 an oder erst nach dem 1. Januar 1932, spätestens jedoch bis zum 1. Januar 1935 zu zahlen sind.

4. Anmeldung in besonderen Fällen.

Gläubiger, die ihr Guthaben nach dem 14. Juni 1922 ausbezahlt erhalten haben und denen nunmehr auf Grund der neuen Verordnung bzw. des Aufwertungsgeheißes Aufwertungsansprüche zuteilen, müssen diese Ansprüche, wenn sie dem Betrieb, für den die Kasse eingerichtet ist, am 1. August 1926 nicht mehr angehören, zur Vermeidung ihres Verlustes bis zum 31. Dezember 1926 beim Schuldner anmelden. (Fortsetzung folgt.)

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1925.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (A.D.G.B.) veröffentlicht in Nummer 32 vom 7. 8. der „Gewerkschaftszeitung“ einen kurzen Bericht über seine Entwicklung im Jahre 1925. Es heißt da u. a.:

„Die an das Jahr 1925 geknüpften Hoffnungen, daß es die Periode eines neuen Aufstieges der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.“

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorsänger schied im April 1925 aus dem A.D.G.B., er gehört nunmehr dem A.S.O.-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im A.D.G.B. vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkte des Vorjahres. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 218 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 132 jugendliche.“

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahmen betragen 147 526 701 Mark gegen 97 037 600 Mark im Vorjahre. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 Mark.

Auch die Ortsausschüsse des A.D.G.B. haben eine gute Entwicklung genommen; am Jahreschluß bestanden 1067. In 127 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden. Die Einnahmen der Ortsausschüsse betragen 2 687 610 Mark, die Ausgaben 2 328 504 Mark. Die von 115 Ortsausschüssen unterhaltenen Arbeitersekretariate erhalten in vielen Fällen Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 Mark. Davon kamen aus Staatskassen 20 636 Mark, aus Gemeinde- und Reichskassen 58 229 Mark. 9 850 Mark wurden von anderen Körperschaften aufgebracht.

Dieser Bericht kann auch als Beweis dafür gelten, daß es mit der Gewerkschaftsbewegung wieder aufwärts geht.

Hannoversche Bezirkstagung am 31. Juli und 1. August in Hildesheim.

Daß die Tagung einen guten Verlauf genommen — den Eindruck werden wohl alle Delegierten mit nach Hause genommen haben. Sowohl die ersten Verhandlungen des ersten Tages, wie auch der mehr gefällige Teil des Sonntags, dessen Regie die Ortsgruppe Hildesheim übernommen, betriebligten allgemein. Den Hildesheimern auch an dieser Stelle nochmals Dank.

Zu Beginn der Samstagverhandlungen hatten sich alle geteilten Delegierten im Verhandlungsraum des christlichen Gewerkschaftshauses eingefunden, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Verbandsfreudigkeit, das Berufsinteresse in starkem Aufstiege begriffen ist. Das Arbeitsmaß für den ersten Tag war reichlich bemessen, so daß erst in später Abendstunde die Verhandlungen geschlossen werden konnten. Vier Vorträge, Fragen der inneren Organisation und allgemein grundsätzliche Dinge berührend, wurden gehalten. Die Referenten waren Kollege Eickmann, Köln, als Vertreter des Zentralvorstandes und Bezirksleiter Keder, Leichter u. a. h. t. e., nach kurzer Begrüßung des Delegiertentages, über den Stand des Verbandes im Bezirk, u. a. besonders eingehend auf Tariffragen, Betriebsratwahlen, Stellung zu den gegnerischen Verbänden, Ortsgruppenleitung usw. Der Grundton der Ausführungen war ein erfreulicher. Langlamer, aber stetiger Mitgliederzuwachs ist zu verzeichnen und in Besorg dessen konnten auch bei den letzten Betriebsratwahlen insgesamt 26 Betriebsratsmitglieder und in noch höherer Zahl Ersatzleute unsererseits durchgebracht werden. An alle im Bezirk für den Organisationsbereich des Verbandes in Frage kommenden Tarifverträge sind wir beteiligt, ein Zustand, der nicht ohne heftiges Widerstreben von sozialistischer Seite herbeigeführt werden konnte. Einen breiten Raum in der Berichterstattung nahmen die Ausführungen über unsere Stellung zu den gegnerischen Verbänden ein. Besondere Aufmerksamkeit mußte dem Vorgehen des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes gewidmet werden. Im Gegensatz zu der Zentralkleitung dieses Verbandes, welche sich bemüht mit unserer Organisationsleitung in gutem Einvernehmen zu bleiben, ruhige, sachliche Zusammenarbeit in nicht grundsätzlichen Fragen zu pflegen, bemühen sich die unteren Organe im Hannoverischen Bezirk, Reibungsflächen zu schaffen, versuchen sie, unseren Einfluß besonders bei der Gestaltung tariflicher Verhältnisse zu hemmen. Um eine Beeinflussung uns noch fernstehender Kollegen zu verhindern, vermeidet man größere Auseinandersetzungen und ist nur da im Schimpfen stark, wo man das Feld der Verammlung allein beherrscht. Ein Zeichen von Stärke ist es auch nicht, wenn in Hannover neuerdings sogar die Taktik verfolgt wird, Betriebsversammlungen zu unterbinden — wo auch wir dann vertreten sein würden — und an ihre Stelle nur eigene Mitgliederversammlungen treten läßt. Die Entwicklung unseres Verbandes wird jedoch auch dadurch nicht aufgehalten. Langsam fassen wir in den vermeintlichen Domänen des Gegners Fuß.

Eine äußerst rege Aussprache, an der Vertreter aller Ortsgruppen teilnahmen, schloß sich an den Bericht. Wünsche inbezug auf den Ausbau und den Verband der Verbandsorgane wurden vorgetragen und ihre Erfüllung vom Kollegen Eickmann, soweit möglich, zugesagt. Lebhaft besprochen wurden die Grenzstreitigkeiten mit anderen Bruderverbänden. Einhellig kam zum Ausdruck, daß seitens der Verbandsleitung schnellstens verhandelt werden muß, hier Klarheit zu schaffen, damit ein ungehemmtes Arbeiten unter den zum Verbände gehörigen Fachgruppen ermöglicht wird.

Eine treffende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, besonders der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, gab sodann Kollege Eickmann seinem Hauptreferat: „Wie überwinden wir die Widerstände gegen den Aufstiege der Arbeitnehmerschaft?“ Dieser Vortrag, wie auch der darauf folgende des Kollegen Keder über: „Unsere kommende Arbeit“, fanden lebhaften Beifall bei den Delegierten und riefen gleichfalls eine längere Aussprache hervor. Es kam der feste Wille zum Ausdruck, in Zukunft noch weiterhin verhaftet mitzuarbeiten an der Beseitigung der Hemmnisse, welche dem Aufstiege entgegenstehen, durch treue Mitarbeit im Verbande, bei der Werbung neuer Mitglieder, Schulung und Auszubildung, all der Mittel — Leistung, Bestreben, Engagement der

Arbeitsbewegung usw. — welche mit dazu beitragen, die Macht der Arbeitnehmerschaft gegenüber allen Widerständen zu mehren.

Den Abschluß der Tagesarbeit bildeten, nach einführenden Darlegungen, praktische Übungen; denn, wie sich immer mehr zeigt, legen die Anforderungen auf bislang arbeitsfernen Gebieten bei demjenigen Gewerkschaftler, der als Vertrauensmann, Ortsgruppenleiter oder als Betriebsrat tätig ist, ein Wissen und Können voraus, dem erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Mit Freude konnte seitens der Leitung zum Schluß dieser Arbeiten festgestellt werden, daß die gestellten Aufgaben zur Zufriedenheit gelöst wurden. — Mit ernst, aber auch begeisterten Worten schloß dann der Bezirksleiter die Verhandlungen.

Der Sonntag fand seinen Auftakt in einer Führung durch das alte Hildesheim. Unter kunst- und sachverständiger Leitung wurden zahlreich alle Bauten besichtigt und zum Schluß mußten sogar alte Hildesheimer gestehen, daß sie nunmehr ihre Heimat erst kennen gelernt. Ja, das Können der Alten in der Baukunst stand dem Formen unserer Tage nicht nach. Man mußte damals Eigenes zu geben, verstand es, den Menschen mit seiner Umgebung engstens zu verbinden. Es soll aber auch die mehr nüchterne Bemerkung eines Teilnehmers nicht unterschlagen werden, der da meinte, schöner wäre es noch, wenn als die ehrwürdigen Baulichkeiten in der Jetztzeit als Museum gezeigt werden könnten, womit er vom Wohnungsstandpunkt aus gesehen, nicht allzu unrecht haben mag; denn, jenseits der Außenmauern scheint Luft und Licht in vielen Häusern der Altstadt wenig Platz zu haben, so eng und im Gechoß niedrig lehnt sich eins ans andere.

Schluffakt des Bezirkstages bildete die Festversammlung am Sonntagmittag. Trotz der frühen Stunde war der Festsaal gefüllt. Kollege Sidmann hielt die Festrede, in der, ausgehend vom Gehalten des Alltags, das Hohe und Beste unserer christlichen Gewerkschaftsgründlinge gezeigt wurde. Bejahung des Staates — Gemeinschaftsleben, waren die Leitsätze der allgemeinverständlich Ausführungen. Die vom Versammlungsleiter Reder gesteuerten Schlussworte und auch der Beifall der Anwesenden brachten zum Ausdruck, daß das Streben der Führer und das Wünschen der Mitglieder sich vollständig deckten. Ein lustiges Hoch auf den Verband schloß den Festakt und damit auch den ersten Teil der Tages.

Ein wohl gelungenes Gartenfest versammelte dann noch die Delegierten und weite Kreise der Hildesheimer Kolleginnen und Kollegen zu fröhlichem Treiben und, solange es eine hohe Sonne zuließ, genossen noch recht viele, leichtbekleidet, auf gutem Parkett die Reize des Tages.

Reichsjugendtreffen der Christlichen Gewerkschaften

am 5. und 6. September 1926 in Essen.

Die Vorarbeiten für das Reichsjugendtreffen sind in vollem Gange. Der Jugendausschuß des Gesamtverbandes hat nunmehr das Programm endgültig festgelegt.

Samstag, den 5. September 1926,
 9 Uhr vormittags: Teilnahme am Gottesdienst für die katholischen Jugendlichen in der Münchener Kirche, für die evangelischen Jugendlichen in der Marktkirche.

10 1/2 Uhr vormittags im Großen Saal des Städtischen Saalbauers, Essen, Kundgebung: „Wir und die Gewerkschaft.“
 1. Tagesbesprechung.
 2. Gesangbuch der christlichen Metallarbeiter-Essen: Die Farnel räumen.
 3. Eröffnung und Begrüßung: Albert Vogt-Berlin, Jugendleiter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.
 4. Besprechung der christlichen Metallarbeiter-Essen.
 5. Vortrag: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in Staat, Volk und Wirtschaft: Jakob Müller-Köln, Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften.

deutschland des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

6. Gesangbuch der christlichen Metallarbeiter-Essen.
 7. Schlußansprache: Bernhard Otto-Berlin, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

8. Gedenkstunde für die
 9. Kundgebung: Deutschland vor allem...
 10. Schlußansprache des Gesamtverbandes der Metallarbeiter-Essen, Konzert, musische Aufführungen, Program der Zahnärztlichen Vereine.

Montag, den 6. September 1926,

9 Uhr vormittags im Saalbauers des Stadtlichen Saalbauers Aussprachetag der Delegierten über:
 1. Die Art der erweiterten Jugend.
 2. Forderungen in der Jugendbewegung.
 3. Die Aufgaben der Jugendverbände.
 Zu diesen Themen werden kurze Gutachten gegeben, die die Aussprache einleiten sollen und zwar zu 1. durch die Kollegen Meyer und Zedler, zu 2. durch den Kollegen Vogt und zu 3. durch den Kollegen Köhler.

Bemerkungen zu dem Programm:

Die Sonntagvormittagsgottesdienste sind inoffiziell. Die Kundgebung am Sonntag soll kurz und eindrucksvoll sein und wird daher 1 1/2 Stunden nicht überschreiten. An der Kundgebung nehmen aus Zweckmäßigkeitsgründen nur männliche Jugendliche teil. Die Verbände und Kartelle werden gebeten, eine möglichst große Zahl von Jugendlichen und Jugendführern nicht nur aus der Umgebung, sondern auch aus dem übrigen Deutschland zur Kundgebung zu entsenden. Wimpel, Knüttel, Musik und Mandolinen sind mitzubringen. Es wird für billiges Mittagessen gesorgt werden. Zur Teilnahme an der Kundgebung und den Nachmittagveranstaltungen berechtigt ein Programm, für das 20 Pfennige zu entrichten sind. Zur Aussprache am Montag werden nur Delegierte zugelassen, denen vom Gesamtverband eine Delegiertenkarte zugefandt wird. Delegierte können werden Jugendführer und Jugendliche, auch können in beschränktem Umfange Jugendführerinnen und weibliche Jugendliche entsandt werden. Es dürfte zweckmäßig und für die Aussprache förderlich sein, wenn als Delegierte auch solche jugendlichen Mitglieder benannt werden, die sich auch in der Jugendbewegung (Jugendbund für entschiedenes Christentum, christliche Pfadfinder, Quaidborn, Kreuzfahrer usw.) betätigen. Es werden für die Delegierten Freiquartiere besorgt. Die Anmeldungen dafür sind an den Kartellsekretär Koll. Hermann Gnegele, Essen, Limbeder Platz 26, zu richten. Auch wird für billige Verpflegung gesorgt werden.
 Und nun auf zum Reichsjugendtreffen in Essen!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Staatsverwaltungsarbeiter in Bayern.

Best. Gewährung einer Lohnnachzahlung an die unter den Tarifvertrag vom 28. 6. 25 fallenden Arbeiter bei der bay. Staatsverwaltung für die Zeit vom 3. 1. 26 (Beginn der Lohnwoche) bis zum 27. 6. 26 (Ende der Lohnwoche) sei auf die Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 28. 7. 26 hingewiesen. Danach erhalten über 24jährige Lohnempfänger (vor dem 4. 1. 1902 geboren) soweit es sich um männliche Arbeiter der Lohngruppen III bis V und Arbeiterinnen der Lohngruppen II und III handelt, eine Lohnnachzahlung von 13 Reichsmark, soweit es sich um männliche Arbeiter der Lohngruppen I und II handelt, eine Lohnnachzahlung von 26 RM.

Staatsbauarbeiter in Bayern.

Entsprechend der für die Arbeitnehmer bei den Staatsverwaltungen getroffenen Regelung und nach Vereinbarung mit den vertragsgläubigen Arbeitnehmervereinigungen wird den unter I. B. G. 1925 fallenden Arbeitnehmern mit Wirkung vom 28. 6. 26 (Beginn der Lohnwoche) ein Lohnzuschlag gewährt, und zwar bei den über 24jährigen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern in den Lohngruppen I, II und VI 1 Pfg., in den Lohngruppen III,

IV und V 2 Pfg. für die Arbeitsstunde. Für die Zeit vom 4. 1. 26 (Beginn der Lohnwoche) bis 27. 6. 26 (Ende der Lohnwoche) sind in gleicher Weise wie bei den Staatsverwaltungsarbeitern an die über 24jährigen Lohnempfänger (am oder vor dem 4. 1. 02 geb.), soweit es sich um Arbeitnehmer der Lohngruppen I, II und VI handelt, Lohnnachzahlungen von 13 RM, soweit es sich um solche der Lohngruppen III, IV und V handelt, von 26 RM zu leisten.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Darmstadt. Am 24. Juli hielt unsere Ortsgruppe Tarifarbeit ihre Quartalsversammlung für das 2. Quartal 1926 ab.

Auf Einladung der Ortsgruppe war auch Bezirksleiter Kollege Kling von Frankfurt a. M. erschienen. Die Kollegen waren ziemlich zahlreich anwesend. Es konnten durch einige Besuche weitere Kollegen neu für die Ortsgruppe gewonnen werden. Kollege Kling behandelte in seinem Vortrag das „Recht und Tarifrecht“. Die allgemeine Zustimmung seitens der Besammlung bewies, wie wichtig dieses Kapitel in der Auffassung in diesen Kreisen ist immer wieder war. Den Schlussbericht gab Kollege Thomas. Kassen- und Kartenbestand wurde von den Revisoren geprüft und zur richtig befunden, dem Kassierer wurde von der Besammlung Entlohnung erteilt. Unter Punkt 3 Bericht des Kollege Thomas noch manche Aufforderung in Tagesordnungspunkten und ermahnte die Kollegen, dieselben die Töne zu halten, mögen die Besammlung herkommen, von wo sie wollen. In Sachen Lohnfrage wurde der Kollege Kling beauftragt, daß unregelmäßig Schritte eingeleitet werden müssen, da die Lohnernahme mit den Forderungen nicht mehr im Einklang zueinander stehen.

München. Am Mittwoch, den 11. August, hielt unsere Ortsgruppe im Gasthaus zum „Tannenbaum“ eine Besprechung, Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz ab. In derselben berichtete Geschäftsführer Ziemermann über den derzeitigen Stand der tariflichen Verhältnisse, besonders für die Reichs- und Staatsarbeiter. Des weiteren wurden auch die Verhältnisse der Betriebsräte der Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter und die Bemühungen der Organisation um den Ausbau derselben dargelegt. In einer lebhaften Aussprache wurde vor allem die unfaire und ungerechte Lohnregelung für die Reichs- und Staatsarbeiter kritisiert, sowie die Tatsache, daß Reich und Staat für ihre Arbeiter es noch zu keiner Pensionskasse gebracht haben. Folgende Entschlüsse sind einstimmig Annahme:

Eine am 11. August 1926 tagende Vertrauensmänner- und Betriebsrätekonferenz der Ortsgruppe München des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, beschließen sich auch mit der Frage einer Versorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter. Mit Bedauern heißt die Konferenz fest, daß die Errichtung der bereits in Aussicht genommenen Versorgungskasse wieder zurückgestellt worden ist. Die Reichs- und Staatsarbeiter sind der Auffassung, daß Reich und Staat eine soziale Verpflichtung erfüllen, wenn sie den dringenden Forderungen nach einer Versorgungskasse für ihre Arbeiter nachkommen. Die Konferenz beauftragt den Zentralverband bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden mit allem Nachdruck für die Errichtung einer Pensionskasse einzutreten und nichts unversucht zu lassen, das gefestete Ziel zu erreichen.

Gedentafel.

†

Gestorben sind die Kollegen:

Johann Cleff, Köln	6. 7. 1926
Otto Mayer, Baden-Baden	26. 7. 1926
Johann Reichhöfer, Köln	23. 7. 1926
Franz Wolfen, Rhodt	25. 7. 1926
Willy Hoffmann, Hildesheim	25. 7. 1926
Peter Becker, Bonn a. Rhein	27. 7. 1926
Joseph Schmauer, Regensburg	8. 8. 1926

Gruß ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:
 H. Eldmann, Köln, Venloer Wall 1,
 Notarstrasse: Kölner Gürtelhaus G.m.b.H.
 Buchdruckerei, Köln, Domstraße 6.